Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfsing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 294 | Samstag, den 24. Oktober 1931 | Jahrgang 1931

Tagesfragen.

Muß es erst noch schlimmer kommen? Eine halbamtliche Mitteilung bezeichnet die Meldung eines Berliner Blattes als unrichtig, daß die Reichsregierung die Absicht habe, ein allgemeines Demonstrations- und vielleicht auch Uniformverbot für die politischen Verbände zu erlassen. An sich sei, so wird erklärt, die Reichsregierung zu einem solchen Verbot schon rein formal nicht in der Lage, es müsse dies vielmehr auf Grund des Artikels 48 durch den Reichspräsidenten verfügt werden. Der Reichsinnenminister habe zum mindesten im Augenblick nicht die Absicht, derartige Maßnahmen vorzuschlagen. Ob es später einmal doch dazu komme, lasse sich gegenwärtig noch nicht übersehen. Es werde von der innerpolitischen Entwickelung dieses Winters abhängen. Daß Dr. Groener, wenn es notwendig sein sollte, entschieden vorgehen wolle, habe er vor einigen Tagen in einem Interview deutlich zum Ausdruck gebracht. Auf Grund der gegenwärtigen Situation seien Maßnahmen so einschneidender Art wie die oben bezeichneten jedoch noch nicht geplant. Aus dieser offiziösen Erklärung hat man also zu entnehmen, daß dem Reichsinnen- und Reichswehrminister Dr. Groener drei Tote und über 60 Verletzte, die bei dem SA-Treffen in Braunschweig auf der Strecke geblieben sind, noch nicht genügenden Anlaß zu einer energischen Maßnahme geben. Soll es wirklich erst noch dicker kommen? Für den bevorstehenden Winter der Not und der politischen Hochspannung ist das doch leider zu erwarten, wenn weiter solche Aufmärsche gestattet werden. Mögen sie noch so diszipliniert durchgeführt werden, sie reizen den leidenschaftlichen politischen Gegner, der aber reißt andere mit und dann ist der Zusammenstoß, der Straßenkampf da. Die Vorgänge in Braunschweig waren schon schlimm genug. Eine Wiederholung muß verhindert werden. Und darum ist es notwendig, daß von Reichs wegen die Aufmärsche politischer Kampfverbände verhindert werden. Durch Notverordnungen ist schon so Vieles und so Einschneidendes geregelt worden, daß die Scheu vor einer Anwendung des Artikels 48 gegen den Unfug der Aufmärsche uniformierter Massen in dieser spannungsreichen Zeit doch seltsam anmutet.

★

Gehör für die kommunalen Notrufe! Zu der brennendsten Tagesfrage entwickelt sich immermehr die Finanznot der Gemeinden. Die Zahl der Arbeitslosen, die von ihnen betreut werden muß, wächst von Tag zu Tag, die Einnahmen gehen nicht minder von Tag zu Tag zurück. Die Regierung Brüning hat von Anfang an alle Anstrengungen unternommen, um die Reichsfinanzen in Ordnung zu bringen, und sie hat dann darüber gewacht, daß sie in Ordnung blieben, als die Zoll- und Steuereinnahmen sanken. Auch den Ländern ist die Möglichkeit gegeben worden, ihre Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu halten. Den Gemeinden aber obliegt die Sorge für die Wohlfahrtserwerbslosen, und deren Zahl nimmt fortgesetzt zu. Schon im vorigen Jahre standen die Gemeinden dieser Entwicklung ohnmächtig gegenüber. Suchten sie früher den wachsenden Anforderungen des Wohlfahrtsamtes durch Erhöhung der Realsteuern gerecht werden zu können, griffen sie dann, als der Realsteuererhöhung ein Riegel vorgeschoben wurde, zu den Strohhalmen der Bürger-, Bier- und Getränkesteuer, konnten sie auch dank der Senkung der Beamtengehälter und der Kürzung der Unterstützungssätze noch einige Abstriche auf der Ausgabenseite machen, so haben sie heute nach Ausschöpfung aller, auch der spärlichsten Quellen überhaupt keine Möglichkeit mehr, sich der immer höher steigenden Flut zu erwehren, die von der Arbeitslosenversicherung über die Krisenfürsorge zu den Wohlfahrtsämtern hinüberschlägt. Gewiß hat das Reich jüngst 230 Millionen Mark für die Gemeinden bereitgestellt, zugleich hat es aber die Unterstützungswochen zu Ungunsten der Gemeinden verändert und unberücksichtigt gelassen, daß die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen schon ohnedies ganz automatisch weiter zunimmt. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war doch in diesem Sommer nur ganz gering. Darum strömen von Woche zu Woche mehr Unterstützungsempfänger von der Arbeitslosenversicherung in die Krisen- und von dieser in die Wohlfahrtsfürsorge. Und wenn am 15. Oktober infolge der Kürzung der Unterstützungsdauer bei der Versicherung eine Abnahme um rund 200 000, bei der Krisenfürsorge jedoch, an deren Kosten die Gemeinden mit einem Fünftel beteiligt sind, eine Zunahme um 150 000, im ganzen aber gegenüber dem 1. Oktober ein Anwachsen der Arbeitslosenzahl um 129 000 festgestellt wurde, so sind in diesem halben Monat nicht weniger als 179 000 Erwerbslose mehr in die Wohlfahrtsfürsorge gekommen. Der Reichsfinanzminister, den die dieser Tage veröffentliche Kundgebung der kommunalen Spitzenverbände anscheinend sehr gekränkt hat, betont aber nun, daß für die neuentstehenden Lasten und für die ausfallenden Länderüberweisungen den Gemeinden die bisher aus der Hauszinssteuer entnommenen Beträge für den Wohnungsbau freigestellt worden seien. Tatsächlich könnte dies doch nur in etwa zu Buch schlagen, wenn die Kommunalsteuern und die Einnahmen aus den kommunalen Betrieben keinen Rückgang aufwiesen. In welchem Umfang das aber der Fall ist, kann man aus dem bereits mitgeteilten Verlust der Stadt Dortmund an Gewerbesteuer in Höhe von 8, wenn nicht 10 Millionen Mark, verglichen mit 1930, ermessen. Durch die Lastenverschiebung in der Arbeitslosenfürsorge, ferner dadurch, daß das Reich den Ländern durch die dritte Notverordnung die Möglichkeit gegeben hat, die Landeshilfe aus den Ersparnissen der Kürzung der Staatsbeamtenbezüge zurückzunehmen, und dann vor allem durch das unaufhörliche Anwachsen der Zahl der Erwerbslosen ist wieder zunichte gemacht worden, was die Reichsregierung und Preußen an Maßnahmen für die Entlastung der Gemeindefinanzen getroffen hatten. Dazu kommt für die Gemeinden der Druck der kurzfristigen Verschuldung und in Rheinland und Westfalen, um das Uebel vollzumachen, noch die Erhöhung der Provinzialumlage. Zwischen der Reichsregierung und den kommunalen Organisationen erlebt man jetzt schon seit Wochen und Monaten ein merkwürdiges, aber wirklich nicht mehr unterhaltendes Spiel: Ungefähr alle acht Tage stößt ein kommunaler Spitzenverband einen Notruf mit einem Appell an die Reichsregierung aus, und prompt gibt darauf die Reichsregierung eine auf ihre bisherigen Hilfsmaßnahmen hinweisende, im ganzen aber ablehnende Antwort, die meistens damit schließt, daß sich zweifellos bei eingehender Nachprüfung noch weitere Möglichkeiten für Sparmaßnahmen bei den Gemeinden finden ließen. Wenn aber jetzt Oberbürgermeister Lehr von Düsseldorf festgestellt hat, daß sich in zehn Tagen durch die Maßnahmen von Reich und Staat der Fehlbetrag seiner Stadt von 5 auf 7 Millionen Mark erhöht hat, so vermögen doch die schönsten Besänftigungspillen des Reichsfinanzministers diese täglich um 200 000 Mark angewachsene und weiter anwachsende Differenz nicht aus der Welt zu schaffen. Mit den 230 Millionen Mark, die in allen Erklärungen des Ministers wiederkehren, ist das kommunale Finanzproblem nicht gelöst. Es muß etwas Grundlegendes geschehen, und wenn dem Problem nicht anders beizukommen ist, dann wird man auch vor einer Erhöhung der Umsatzsteuer nicht zurückschrecken dürfen, die Herr Dietrich immer noch als letzte Steuerwaffe im Hintergrunde hält. Den Gemeinden muß geholfen werden. So wie bisher kann es unmöglich weitergehen. Die Diktatur der leeren Kassen, von der Oberbürgermeister Lehr gesprochen hat, wird sonst überstürzt erzwingen, was jetzt noch mit ruhiger Ueberlegung durchgeführt werden kann.

★

Der Wirtschaftsbeirat. Eine Aeußerung der „Kölnischen Zeitung" über die Aufgaben und die Arbeitsweise des Wirtschaftsbeirates hat in Gewerkschaftskreisen starkes Aufsehen erregt. Ist man hier schon von der Zusammensetzung dieses Beirates nicht gerade sehr erbaut, da in ihn neunzehn Vertreter der Unternehmer, aber nur sechs Vertreter der Arbeiter und Angestellten berufen worden sind, so haben unwilliges Befremden vor allem folgende Sätze hervorgerufen:

„Die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats werden ihren Höhepunkt in den Tagen erreichen, an denen über zahlreiche Tarifverträge und damit über die Arbeitsbedingungen mehrerer Millionen deutscher Arbeiter und Angestellten die Entscheidung fällt. Herrscht im Wirtschaftsbeirat auf allen Seiten ernster Verständigungswille, so werden die erzielten Ergebnisse sofort in praktische Tarifverträge eingebaut werden können. Fehlt es aber an dieser ernsten Verständigungsbereitschaft, so werden sich aus den Beratungen des Beirats Schwierigkeiten für die Tarifverhandlungeen und umgekehrt aus den Gegensätzen in den Tarifverhandlungen Hindernisse für eine Einigung im Beirat ergeben."

Hinter dieser Aeußerung der „Kölnischen Zeitung" wird von den Gewerkschaften mehr vermutet, als dahinter steckt. Dahinter stecken gewiß sehr bekannte Wünsche der Arbeitgeberseite, aber nicht mehr. Auf alle Fälle erklären jedoch die gewerkschaftlichen Spitzenverbände, daß ihre Mitwirkung an den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates von der Voraussetzung ausgehe, daß Zweck und Aufgabe seiner Arbeiten auf den Inhalt der letzten Regierungserklärung im Reichstag beschränkt bleiben. Zur Beruhigung der Gewerkschaften kann auch dienen, daß von der Regierung ausdrücklich auf den Charakter des Wirtschaftsbeirats als Gutachtergremium hingewiesen wird, bei dessen Aeußerungen es nicht etwa auf die Meinung der Mehrheit, sondern auf die Durchschlagskraft der vorgebrachten Argumente ankomme. Aus diesem Grunde sei der Vorwurf einer einseitigen Zusammensetzung dieses Greniums, der sich insbesondere gegen eine zu geringe Besetzung mit Arbeitnehmervertretern richte, gegenstandslos. Außerdem handele es sich bei dem Aufgabenkreis des Wirtschaftsbeirates auch nicht lediglich nur um Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfragen. Der Wirtschaftsbeirat ist also kein Wirtschaftsparlament. Ueber seine Arbeitsmethode sind noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen worden. Man nimmt aber in unterrichteten Kreisen an, daß er ähnlich wie die Brauns-Kommission und die Ausschüsse des Reichswirtschaftsrats in vertraulichen Sitzungen tagen wird.

Was Frankreich von Amerika will.

Keine Bindungen zu erwarten.

△ **Washington, 23. Oktober.**

Das Schlüsselproblem der Laval-Konferenz ist die Sicherheitsfrage, wie die Lavalsche Rede in der New Yorker City Hall es offen aussprach. Doch ist es unrichtig, daß die Franzosen eine direkte Hilfe der Vereinigten Staaten fordern für den Fall, daß sie angegriffen würden. Sie wünschen nur einen Ausbau des Kellogg-Paktes, wogegen Hoovers Widerstand nicht so groß ist. Wenn hierin eine Einigung erzielbar ist, dann ist Frankreich zu einer mehrjährigen Verlängerung des Hooverschen Feierjahrs bereit, wobei es freilich noch eine Art Finanzkontrolle gegenüber Deutschland wünscht, was Hoover wiederum ablehnt. Laval schlägt ferner vor eine Kürzung der Reparationen und der Kriegsschulden und eine Kürzung aller Heeresbudgets, was wohlgemerkt nicht gleichbedeutend ist mit einer Verminderung der effektiven Stärken.

In der heutigen Pressekonferenz erklärte Staatssekretär Stimson, daß von der Begegnung Hoover-Laval keine Abkommen zu erwarten seien. Beide Staatsmänner könnten nur für ihre Person sprechen, und keine Bindungen irgendwelcher Art eingehen.

Diese Bemerkungen Stimsons werden im „Washington Star" als ein Anzeichen betrachtet, die Opposition in amerikanischen Kreisen zu beruhigen, die sich nach der Rede Lavals im Newyorker Rathaus wegen der skizzierten französischen Forderungen zeigt. Stimsons Bemerkungen wollten besagen, daß Hoover keine internationalen Bindungen übernehmen wolle, die Amerika zu positiver Kriegshilfe verpflichten würden. Das Blatt weist weiter darauf hin, daß Laval von etwa 20 französischen Pressevertretern begleitet sei, die vorwiegend nationalistischen Zeitungen angehören und die offenbar aufmerken sollten, daß Laval keine Konzessionen in der Sicherheitsfrage machen werde. Daß Finanzminister Mills heute abend an dem Essen im kleinsten Kreise im Weißen Hause teilnehmen werde, schiene darauf hinzudeuten, daß man sich in amerikanischen Kreisen entschlossen habe, angesichts der französischen starren Einstellung in der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage sich zunächst mit den Finanzproblemen zu beschäftigen, nämlich mit der Revision der Reparationszahlungen und mit den in Deutschland festgefrorenen kurzfristigen Krediten.

Der Sonderberichterstatter der Agentur Radio will aus gut unterrichteten politischen Kreisen erfahren haben, daß Ministerpräsident Laval auf energischen Widerstand stoßen würde, wenn er von Amerika die Unterzeichnung eines amerikanisch-französischen Sicherheitspaktes als Gegenleistung für französische Rüstungsbeschränkungen verlangen sollte. An zuständiger amtlicher Stelle sei man gegen jedes Abkommen eingestellt, daß Amerika in irgend eine Aktion hineinziehen könnte, die über die Grenzen einer einfachen „Konsultation" hinausgehe, wie dies etwa bei dem chinesisch-japanischen Streitfall der Fall gewesen sei. Man betrachte jede Verwirklichung eines Sicherheitspaktes als vollkommen ausgeschlossen.

★

Die Atmosphäre wird frostiger.

)(**Washington, 23. Oktober.**

Während Ministerpräsident Laval am Vormittag ausschließlich von gesellschaftlichen Verpflichtungen in Anspruch genommen worden war, begann sofort nach der Mittagstafel im Lincoln-Zimmer des Weißen Hauses die erste Aussprache mit dem Präsidenten Hoover im Beisein des Staatssekretärs Stimson. Beiderseits hatte man sich darüber geeinigt, daß Sachverständige lediglich bei der Erörterung von technischen Sonderfragen zugezogen werden sollten. Damit bleibt nach Lavals Wunsch die völlige Unverbindlichkeit der Unterhaltungen gewahrt. Wie die Presseberichte erkennen lassen, wird die Atmosphäre der Aussprache ständig frostiger. Die Zeitungen beschäftigen sich mehr mit den grundlegenden Meinungsverschiedenheiten über die Weltfragen, als mit der Möglichkeit einer Aussicht auf Erfolg. „Das Ergebnis scheint mager zu werden," so schreibt die „New York Evening Post", „alle Anzeichen sprechen dafür, daß keine Einigung erzielt wird, die ausreicht, um den wirtschaftlichen Weltwirrwarr günstig zu beeinflussen." Die Finanzkreise fordern eine konstruktive Lösung des Problems der Kriegsverschuldung und zeigen sich höchst besorgt darüber, daß die Franzosen den Hauptwert auf politische Fragen legen. „Wenn es Hoover und Laval nicht gelingt, für Deutschland und damit für die ganze Welt eine tragbare, auf der Erkenntnis wirtschaftlicher Wahrheiten beruhende Lösung der Reparationsfrage zu finden, so hätte der französische Ministerpräsident getrost in Paris bleiben können," so erklärte ein bekannter Bankier der Wallstreet dem Vertreter der Telegraphen-Union. Dieser Gegensatz zwischen Politik und Wirtschaft, der bei der Aussprache in Washington unverkennbar zutage tritt, verursacht bei den zahlreichen dort versammelten Beobachtern einen zunehmenden Pessimismus.

★

Die erste Unterredung mit Stimson.

:: **Washington, 23. Oktober.**

Staatssekretär Stimson hatte heute bereits eine halbstündige Unterredung mit Ministerpräsidenten Laval, in der die Reihenfolge der zu diskutierenden Probleme festgelegt wurde. Stimson war sichtlich befriedigt, daß Laval auf alle diesbezüglichen, allerdings rein formalen Vorschläge eingegangen ist. Im Staatsdepartement wurde mitgeteilt, daß zuerst die Finanzfragen erörtert werden sollen, da die politischen Probleme leichter angegangen werden könnten, wenn durch eine Verständigung über die Maßnahmen zur Sanierung der Wirtschaftslage eine Art Basis für die gemeinsame Arbeit gefunden sei. Es wurde betont, daß hier in Washington keinerlei Abmachungen getroffen würden, die man dann den anderen als fait accompli vorlegen wollte. Man werde keine Neuverteilung der Welt beschließen, andererseits aber auch

nichts festlegen, was z. B. deutsche Opfer erfordere.

Sei ja gerade die Behebung der deutschen Schwierigkeiten einer der Hauptpunkte der Diskussion. Man wolle mit Laval sprechen, um genau festzustellen, wie weit die beiden Regierungen in der Frage einer Beteiligung an der internationalen Zusammenarbeit gehen könnten. Sollte, wie man hoffe, in gewissen Punkten eine Einigung über den einzuschlagenden Weg erzielt werden, so werde man diese Vorschläge den übrigen beteiligten Regierungen zur Begutachtung unterbreiten.

Verstärkung der Reichs- und Staatsmittel für die Gemeinden gefordert.

:: **Berlin, 23. Oktober.**

Im Preußischen Landtag haben die Regierungsparteien gemeinsam mit der Volkspartei folgenden Antrag eingebracht:

Die Finanznot der Gemeinden und Gemeindeverbände nötigt zu schnellen und entscheidenden Maßnahmen. Die Weiterführung der kommunalen Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge ist dringend gefährdet. Die neue Reichshilfe aus der Notverordnung vom 6. Oktober 1931, die den Gemeinden und Gemeindeverbänden zusätzliche Hilfe bringen sollte (für die preußischen Kommunen 115 Millionen Reichsmark), ist durch neue Belastungen, insbesondere durch Lastenverschiebungen in der Arbeitslosenversicherung, durch verstärktes Anwachsen der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen und durch weiteren Rückgang der Einnahmen aus Steuern und Betrieben, für die preußischen Kommunen überdies durch die Aufhebung der Staatshilfe aus den Mitteln der zweiten Gehaltskürzung, in ihrer Wirkung nahezu aufgehoben worden. Die Arbeitslosennot zwingt die Zusammenfassung aller Kräfte von Reich, Ländern und Gemeinden.

Der Landtag wolle daher beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen:

1. in eine nochmalige Prüfung darüber einzutreten, in welcher Weise den preußischen Gemeinden und Gemeindeverbänden aus Staatsmitteln die Durchführung der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge ermöglicht werden kann; die Gemeinden und Gemeindeverbände müssen für die Aufhebung der durch das Gesetz vom 29. Juni 1931 zugesagte Staatshilfe durch Reich oder Land Ersatz erhalten;
2. dringliche Vorstellungen bei der Reichsregierung zu erheben mit dem Ziele: a) die bisherige Reichshilfe für die Kommunen wesentlich zu verstärken, b) durch organisatorische Maßnahmen die Arbeitslosenhilfe zu vereinfachen und durch die so entstehenden Ersparnisse die Weiterführung der Erwerbslosenunterstützung im kommenden Winter zu sichern.

Preußischer Landtag verlangt Reichsreform.

Von unserer Berliner Redaktion.

× **Berlin, 23. Oktober. (Drahtb.)**

Mit der Reichsreform hat sich jetzt auch der Verfassungsausschuß des Preußischen Landtags beschäftigt. Mit großer Mehrheit wurde in diesem Ausschuß ein Antrag des Abg. Prelle (Deutsche Fraktion) angenommen, durch den die preußische Staatsregierung ersucht wird, dahin zu wirken, daß demnächst im Rahmen der Reichsreform eine

Reichsneugliederung durchgeführt wird. Der Annahme dieses Antrages ging eine sehr ausführliche und aktuelle Aussprache voraus, bei der eine selten anzutreffende Einmütigkeit der Auffassungen zutage trat. Alle Redner stimmten darin überein, daß das gegenwärtige Verhältnis von Reich und Ländern einer unbedingten Aenderung bedürfe. Die Redner sprachen nicht von ihrem Parteistandpunkt, sondern behandelten das Problem von hoher staatspolitischer Warte aus. Den Ausführungen des Zentrumsabgeordneten Dr. Lauscher wurde besondere Beachtung geschenkt. Er sprach sich mit aller Deutlichkeit für die Notwendigkeit einer baldigen Neuordnung aus und stimmte mit dem Ministerialdirektor Dr. Bredt darin überein, daß vor einer Ueberschätzung des schwankenden Begriffs der Staatlichkeit der Länder und vor dem Schlagwort der Zerschlagung Preußens gewarnt werden müsse. Dr. Bredt machte aufklärende Bemerkungen über die Beschlüsse des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz, in denen viel Gutes enthalten sei und die nicht ohne weiteres in Bausch und Bogen zurückgewiesen werden dürften. Der Antrag Prelle hatte zunächst noch den Zusatz, daß Neuwahlen zum Preußischen Landtag nicht mehr stattfinden sollen. Die Vertreter der anderen Parteien wandten sich gegen diesen Teil des Antrages, weil auch bei Neuwahlen jederzeit eine Neuordnung Platz greifen könnte. Durch die sachlichen Gründe, die vorgebracht wurden, ließ sich der Antragsteller zu einer Zurücknahme dieses Satzes bewegen. Der Hauptteil des Antrages, der die baldige Reichsreform wünscht, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Auch die Sozialdemokraten stimmten dafür.

Debatte um Steiger.

Vertagung des Landtags bis zum 4. November.

○ **Berlin, 23. Oktober.**

Der Preußische Landtag führte in seiner Freitagssitzung eine Agrardebatte, der das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen Landwirtschaftsminister Steiger zugrunde lag. Die deutschnationale Fraktion teilte außerhalb der Sitzung mit, daß sie mit diesem Mißtrauensantrag und anderen noch zu erwartenden Vorstößen gegen preußische Minister sich die Möglichkeit schaffen wolle, nach Vertagung des Reichstages vor dem Forum des Landtages die gesamte deutsche Politik zu erörtern.

Dementsprechend beschäftigte sich die Begründungsrede des Abg. Schwecht (D. N.) hauptsächlich mit Vorwürfen gegen die Agrarpolitik des Reichsministers Schiele. Als den Deutschnationalen von den Regierungsparteien zugerufen wurde: „Schiele kommt doch von den Deutschnationalen!“ antwortete er: „Mit dem reden wir nicht mehr!“

Abg. Weidemann (Soz.) begrüßte die Interpellation seiner Freunde wegen der Bevorzugung des Großgrundbesitzes bei der Umschuldungsaktion, die insbesondere Vorwürfe gegen den deutschnationalen Abgeordneten und ostpreußischen Großgrundbesitzer v. Plehwe enthält. Dieser Fall beweise, wie gut es ein deutschnationaler Parlamentarier verstehe, seine persönlichen materiellen Interessen mit Hilfe seiner Abgeordnetenschaft zu vertreten. Besonders unerhört sei es, daß sich der Reichsminister Treviranus für die Zahlung eines weiteren Umschuldungsbetrages an Herrn v. Plehwe mit Erfolg eingesetzt habe, nachdem die Landstelle Königsberg die Bewilligung abgelehnt hatte.

In der Aussprache erklärte Abg. Peters-Hochdonn (S.), von 450 000 RM. Umschuldungsgeldern hätten allein fünf Großgrundbesitzer 294 000 RM. erhalten.

Ein Regierungsvertreter teilte zum Falle v. Plehwe mit, daß die preußische Staatsregierung auf die Durchführung der Umschuldungsmaßnahmen keinen Einfluß habe. Diese Maßnahmen seien Reichssache.

Abg. Schmelzer (Z.) erklärte, nachdem am Donnerstag über den 25. Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium abgestimmt worden sei, sei es höchste Zeit gewesen, daß jetzt auch Landwirtschaftsminister Steiger einmal an die Reihe komme. (Lachen bei den Regierungsparteien.) Die Rede des Abg. Schwecht sei aus fortgesetzten Widersprüchen zusammengesetzt gewesen. Unter den deutschnationalen Landtagsabgeordneten seien nur vier Bauern. Die Vorwürfe des deutschnationalen Mißtrauensantrages gegen den Landwirtschaftsminister seien unberechtigt. Es werde überdies der Versuch gemacht, den Minister Steiger gegen den Reichsernährungsminister auszuspielen, um sie gegeneinander aufzuhetzen. Die Drosselung der landwirtschaftlichen Einfuhr sei erwünscht. Es müsse aber darauf hingewiesen werden, daß die Einfuhr bereits erheblich gesunken sei, weil in den letzten Jahren planmäßig an der besseren Ausnutzung des deutschen Bodens gearbeitet worden sei. Der Redner dankte dem Minister für die Förderung des landwirtschaftlichen Schulwesens. Der deutschnationale Mißtrauensantrag müsse als unehrlich bezeichnet werden. Den Bauern verschweige man geflissentlich die Leistungen des preußischen Landwirtschaftsministeriums, weil das nicht in den Kampf gegen das „marxistische System“ passe.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger war der Ansicht, daß der größere Teil der Ausführungen des Abg. Schwecht mit dem Landwirtschaftsminister nichts zu tun gehabt habe. Unberechtigt sei der Vorwurf, daß er, der Minister, sich den zollpolitischen Forderungen der Landwirtschaft verschlossen habe. Der Minister wandte sich gegen die deutschnationale Behauptung, er habe zwar Geld für Golfplätze, nicht aber für Deichbauten übrig. Der Golfplatz in Bad Ems sei im Interesse des Badebetriebes gebaut worden, und zwar schon in einer Zeit, in der die allergrößte Finanznot noch nicht eingetreten war. Ausführlich verteidigte sich der Minister gegen die ihm in einer volksparteilichen Anfrage gemachten Vorwürfe, er habe das Oberförstereigehöft in Castellaun im Rheinlande der katholischen Kirchengemeinde zugeschanzt und dabei den Staat geschädigt. Die Kirchengemeinde habe zunächst 20 000 ℳ geboten, aber später nach Verhandlungen mit dem Landwirtschaftsministerium 30 000 ℳ gezahlt. Sich der Begründung des deutschnationalen Mißtrauensantrages zuwendend, erklärte der Minister zunächst, daß er es ablehne sich in einen Gegensatz zum Reichsernährungsminister stellen zu lassen. Er gab dann einen kurzen Ueberblick über die Maßnahmen, die das Ministerium unter seiner Leitung für die Landwirtschaft, insbesondere auch für die Viehhaltung und den Ansatz des Viehes getroffen habe. Hinsichtlich der Roggenwirtschaft seien wir zu einer tadellosen Ordnung sowohl bezüglich des Erzeugers als auch des Verbrauchers gekommen. Zwecks Behebung der Schwierigkeiten auf dem Kartoffelmarkt habe er für die Beimischung von Kartoffelmehl zum Brot gesorgt. Den Vorwurf einer „marxistischen Betätigung“, der ihm in der Begründung des deutschnationalen Antrages gemacht werde, habe er trotz langen Nachdenkens nicht verstehen können. Seit Wochen werde im Ministerium über Verbilligung der Siedlungen beraten. Planmäßig sei die Förderung des Grundkreditwesens durchgeführt worden. Die deutsche Volksernährung sei durchaus gesichert, unsere Obst- und Gemüseernte sei so groß, daß kaum die Massen der Erzeugnisse verbraucht werden könnten. Wenn das die Deutschnationale Volkspartei nicht weiß, so habe sie sich von dem Boden der Tatsachen weit entfernt. (Sehr gut bei den Regierungsparteien.)

Abg. Wende-Winzig (Dtn.) erklärte, das Darniederliegen der Landwirtschaft gehe letzten Endes auf den Marxismus zurück. Die Regierung habe nichts getan, um die hohen Zwischengewinne zu verringern.

Abg. Vollmers-Altendorf (L. V.) gab namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Das preußische Staatsministerium habe im Reichsrat regelmäßig in entscheidenden Fragen eine Haltung eingenommen, die nicht im Interesse der Landwirtschaft lag. Das sei der entscheidende Grund dafür, daß das Landvolk den Mißtrauensantrag gegen den preußischen Landwirtschaftsminister annehmen werde. Die deutschnationale Fraktion sei aber nicht legitimiert zu einem solchen Mißtrauensantrag, weil durch den Auszug der Deutschnationalen und Nationalsozialisten aus dem Reichstag dieser statt einen agrarfreundlichen einen agrarfeindlichen Charakter angenommen habe.

Abg. Wachhorst de Wente (St. P.) verwies darauf, daß aus den Reden aller derjenigen, die noch nicht zu absoluten Fanatikern geworden seien, sich immer wieder ergeben habe, daß gerade der gegenwärtige preußische Landwirtschaftsminister eifrig für die Interessen der Landwirtschaft bemüht sei. Die Deutschnationalen hätten ihren Mißtrauensantrag daher nur aus politischen Haßinstinkten eingebracht, um das Volk von neuem aufzuwiegeln, obwohl es gerade in diesem schweren Winter zusammenhalten müsse. Dieses Verhalten der Rechten zeuge von einer Verantwortungslosigkeit, die kaum zu überbieten sei.

Abg. Schmidt-Breslau (W. P.) erklärte, daß seine Fraktion es ablehnen müsse, die aussichtslosen Mißtrauensanträge gegen einzelne Minister mitzumachen.

Abg. Graf v. Garnier (D. N.) vermißt eine Förderung der Forstwirtschaft durch den Landwirtschaftsminister. In den letzten drei Jahren seien die Holzpreise um 50 Prozent gefallen. Es müßten endlich Maßnahmen gegen die Ueberschwemmung Deutschlands mit ausländischem Holz getroffen werden.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger erklärte, daß er sich stets gegen die Einfuhr von Holz gewandt habe. Auch sei seitens des preußischen Landwirtschaftsministeriums stets auf eine Verbilligung der Holzfrachten hingewirkt worden Die Schwierigkeiten auf dem Holzmarkt seien jedoch nicht zuletzt auf den gegen früher stark verminderten Holzverbrauch zurückzuführen.

Die Abstimmung über den Mißtrauensantrag findet am 4. November statt. Bis dahin vertagte sich das Haus.

Eine neue Aktion der „nationalen Opposition“.

Von unserer Berliner Redaktion.

● **Berlin, 23. Oktober.** (Drahtb.)

Die „nationale Opposition“ will, wie eine Verlautbarung der Deutschnationalen Volkspartei besagt, zu neuen politischen Aktionen gegen das System Brüning-Braun schreiten. Den Auftakt soll der von den Deutschnationalen im Landtag eingebrachte Mißtrauensantrag gegen den preußischen Landwirtschaftsminister Dr. Steiger bilden, der bekanntlich dem Zentrum angehört. In der deutschnationalen Verlautbarung heißt es, da der Reichstag vertagt sei, halte es die deutschnationale Landtagsfraktion für ihre Pflicht, die gesamte deutsche Politik in den Rahmen ihrer Vorstöße gegen das herrschende System hineinzuziehen zu müssen.

Mit lauten Tönen konnte man es auf der Harzburger Tagung vernehmen, daß bei der Abstimmung im Reichstag das Kabinett Brüning gestürzt, und daß dann die Regierung von der „nationalen Opposition“ übernommen werde. Schon in Harzburg und erst recht in den folgenden Tagen wurde es immer offensichtlicher, daß die „nationale Opposition“ in der Verneinung vollkommen einig ist, daß jedoch die größten Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, sobald auch nur die entfernteste Idee eines gemeinsamen positiven Handelns auftaucht. Im Reichstag waren die Nationalsozialisten und Deutschnationalen solange bei der Sache, als es galt, gegen das Kabinett Brüning zu stimmen. Als aber daraufhin sachliche Arbeit bei den anderen Abstimmungen über Anträge usw. geleistet werden sollte, drückten sie sich seitwärts in die Büsche und überließen die Verantwortung den anderen Parteien. Es ist kein Geheimnis, daß wegen dieser neuerdings geübten Abstinenz zahlreiche Anhänger der „nationalen Opposition“ draußen im Lande den Kopf schütteln, weil sie eben ein solches Verhalten nicht verstehen können. Um nun wieder einen besseren Eindruck nach außen hin zu machen und die verlorene Schlacht im Reichstag möglichst stark zu verwischen, kündigten die absoluten Agitationspolitiker neue Aktionen an. Auch diesmal wird es sich zeigen, daß das Mundwerk größer ist als die nachfolgende Tat. Im übrigen stehen aber auch der Mehrheit im Preußischen Landtag genügend Mittel zur Verfügung, um die sinnlosen Mißtrauensanträge, bei deren Behandlung lediglich Agitationsreden zum Fenster hinaus gehalten werden sollen, mit Erfolg zu parieren.

Zusammenstöße in Braunschweig.

Politische Kundgebungen bei der Beisetzung der Todesopfer.

)(**Braunschweig, 23. Oktober.**

Im Krematorium des hiesigen Hauptfriedhofes wurden heute nachmittag die beiden Arbeiter eingeäschert, die bei den Zusammenstößen am Sonntag den Tod gefunden hatten. Einige tausend Menschen hatten sich zur Trauerfeier eingefunden. Die Kommunisten bildeten trotz des Verbotes einen Demonstrationszug, um nach dem Friedhof zu marschieren. Der Zug mußte in der Stadt mehrmals aufgelöst werden. Aus der näheren Umgebung, dem Harzgebiet und aus Westfalen waren kommunistische Fahnenabordnungen erschienen. Reichsbannerabordnungen waren ebenfalls vertreten. Versuche, unter freiem Himmel vor der Kapelle zu sprechen, wurden von der Polizei verhindert. Als nach Beendigung der Trauerfeier trotz des Verbotes verschiedene kommunistische Redner zu den Versammelten sprachen, schritt die Polizei ein. Es kam zu mehreren Feststellungen, und die Beamten mußten vom Gummiknüppel Gebrauch machen. Als sich die Menge zerstreute, kam es an der Ecke des Steinweges und der Schöppenstedter Straße noch zu einem neuen Schaufestersturm, wobei die großen Spiegelscheiben von drei Geschäften in Trümmer gingen. Die Täter entkamen unerkannt.

Furchtbares Familiendrama.

)(**Iserlohn, 23. Oktober.**

Hier hat sich heute nachmittag ein entsetzliches Familiendrama abgespielt. Der Inhaber eines Schuhwarenhauses, Wilhelm Welcke, schoß seinen 24jährigen Sohn während des Mittagsschlafes mit einer 7,65 mm-Pistole in die Stirn und schnitt ihm dann den Hals bis zur Wirbelsäule durch. Nach vollbrachter Tat brachte W. sich selbst einen Schnitt in die Kehle bei. Vater und Sohn waren sofort tot.

Doppelmord und Selbstmord.

)(**Berlin, 23. Oktober.**

In der Kadinerstraße 6 wurde heute die vierköpfige Familie Loge tot aufgefunden. Der Vater des 25jährigen Arbeiters Loge wollte seinen Sohn besuchen, fand aber keinen Einlaß. Er schöpfte Verdacht und benachrichtigte die Polizei, die die Wohnung gewaltsam öffnete. Man fand die 27 Jahre alte Frau Martha Loge und ihre beiden Kinder im Alter von 4 Jahren und von 7 Monaten, die Frau und das ältere Kind mit schweren Kopfwunden, tot in ihren Betten. Der Ehemann hatte sich erhängt. Nach dem ersten Befund der Leichen ist anzunehmen, daß sie schon am Dienstag ermordet wurden. Das 7 Monate alte Söhnchen hatte keine Verletzungen. Wahrscheinlich ist das Kind verhungert. Es wurde festgestellt, daß sich der Ehemann erst in der Nacht von gestern auf heute erhängt haben muß. Wirtschaftliche Schwierigkeiten scheinen die Ursache zu der grauenvollen Tat gewesen zu sein.

Raubmord an einer Greisin.

:: **Berlin, 23. Oktober.**

Im Norden Berlins wurde in der Nacht zum Freitag ein schweres Verbrechen aufgedeckt. In ihrer Wohnung in der Angermünderstraße 6 wurde die 76jährige Witwe Luise Wabnitz ermordet aufgefunden. Es liegt zweifellos Raubmord vor. Die Schädeldecke und die obere Gesichtshälfte weisen etwa 12 bis 15 Verletzungen auf, die von einem stumpfen Gegenstand herrühren müssen. Neben der Leiche wurde ein schwerer Totschläger gefunden. Um den Hals der Ermordeten war ein Handtuch geknüpft. Frau Wabnitz besaß eine Dreizimmerwohnung, von denen sie zwei Zimmer vermietete. Am Dienstag war ein neuer Mieter zugezogen, der sich jedoch noch nicht polizeilich gemeldet hatte. Er ist seit gestern abend verschwunden. In seinem Zimmer wurde eine Schüssel mit blutigem Wasser gefunden. Aus dem Schrank des zweiten Untermieters, der bereits seit langer Zeit bei Frau Wabnitz wohnte, ist ein blauer Anzug gestohlen worden. Der Flüchtige, der etwa 18 bis 20 Jahre alt sein dürfte, ist etwa 1,68 m groß und hat dunkelblondes Haar. Er war bei der Uebernahme des Zimmers mit einem hellgrauen Anzug bekleidet.

Der Sprengstoffdiebstahl in einem Wernigeroder Steinbruch.

Die Täter verhaftet.

:: **Wernigerode, 22. Oktober.**

Vor einigen Tagen war bei der Wernigeroder Kriminalpolizei eine Anzeige eingelaufen, daß aus dem Betrieb eines Wernigeroder Steinbruchbesitzers eine größere Menge hochexplosiven Sprengstoffes entwendet worden sei. Die Ermittlungen der Polizei führten jetzt zur Festnahme von acht Personen. Eine in den Wohnungen der Verhafteten durchgeführte Hausdurchsuchung förderte etwa einen halben Zentner Sprengstoff — größtenteils Dynamit — zu Tage. Außerdem wurden zwei ausländische Militärgewehre beschlagnahmt. Die Täter, von denen sechs aus Wernigerode und zwei von auswärts stammen, sind sämtlich Nationalsozialisten. Sie wurden mit Ausnahme von zwei Jugendlichen ins Untersuchungsgefängnis gebracht. Alle Beteiligten sind ständig.

Schweres Autounglück in Wien.

Mehrere Minister verletzt.

:: **Wien, 23. Oktober.**

Um 12,45 Uhr nachts ereignete sich in Wien ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Bundesauto und einer Autotaxe. Beide Wagen wurden zertrümmert und umgeworfen. In dem Bundesauto befanden sich der Ackerbauminister Dr. Dolfuß, der Präsident des Rekonstruktionsausschusses der Kreditanstalt, Minister a. D. Dr. Gürtler und der gewesene Staatssekretär Abgeordneter Stöckler. Die drei Politiker wurden aus dem umgestürzten Auto auf die Straße geschleudert. Minister Dolfuß erlitt durch die Glassplitter des zertrümmerten Autos schwere Verletzungen im Gesicht und an den Händen. Er wurde ebenso wie der Abgeordnete Stöckler mit stark blutenden Wunden ins Spital gebracht. Präsident Gürtler kam mit leichteren Verletzungen davon. Der Chauffeur der Autotaxe wurde schwer, eine weibliche Insassin dieses Wagens, deren Namen man noch nicht feststellen konnte, lebensgefährlich verletzt.

Japan nimmt die Vorschläge des Völkerbundsrates an.

Kein festes Räumungsversprechen.

+ **Genf, 23. Oktober.**

In einer Entschließung hatte gestern der Völkerbundsrat die japanische Regierung aufgefordert, sofort mit der Räumung der Mandschurei zu beginnen und sie progressiv fortzusetzen, damit der völlige Rückzug bis zur nächsten Tagung des Rates vollzogen werden könne. Der Rat forderte die chinesische Regierung auf, im Hinblick auf die Wiederinbesitznahme des geräumten Gebietes alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit des Lebens der japanischen Staatsangehörigen, die dort wohnen, und den Schutz ihres Eigentums sicherzustellen. Er forderte ferner die chinesische Regierung auf, den Behörden, die sie mit dieser Maßnahme beauftrage, Vertreter anderer Staaten beizuordnen, damit diese die Ausführung der Maßnahmen, um die es sich handelt, verfolgen könnten. Der Rat empfahl der chinesischen und japanischen Regierung, sofort Vertreter für die Regelung der Einzelheiten der Räumung und der Wiederinbesitznahme zu bezeichnen damit diese Operationen ohne Verzögerung sich vollziehen könnten. Der Rat empfahl der chinesischen und japanischen Regierung, nach vollzogener Räumung direkte Verhandlungen über alle zwischen ihnen schwebenden Fragen aufzunehmen, insbesondere über die Fragen, die aus den letzten Ereignissen hervorgehen und die sich auf die Schwierigkeiten hinsichtlich der mandschurischen Bahn beziehen. Zu diesem Zweck gab der Rat den beiden Regierungen die Anregung, eine Schlichtungskommission oder ein ähnliches ständiges Organ einzusetzen.

Der hiesige japanische Vertreter hat daraufhin aus Tokio den Auftrag erhalten, die Annahme der Vorschläge des Völkerbundsrats durch Japan bekanntzugeben. Japan wird die Zurückziehung seiner Truppen aus der mandschurischen Eisenbahnzone beginnen und sein bestes tun, um die Operationen innerhalb von drei Wochen durchzuführen. Voraussetzung dabei ist, daß China die vertraglichen Verpflichtungen anerkennt und geeignete Maßnahmen ergreift, um die antijapanische Agitation zu unterdrücken.

In Tokioter maßgebenden Kreisen wird allerdings betont, es sei unmöglich, ein festes Versprechen darüber abzugeben, daß die Räumung der außerhalb der Bahnzone besetzten Punkte am 16. Mai, dem Datum des Zusammentritts der nächsten Ratstagung, beendet sein werde. Der Fortschritt der Räumung werde notwendigerweise von dem Willen und der Fähigkeit Chinas abhängen, die Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung nach der Zurückziehung der Truppen zu gewährleisten. Das von Japan gemachte Zugeständnis in der Räumungsfrage zeige, welchen Wert Japan darauf lege, daß China seine vertraglichen Verpflichtungen vor dem Völkerbund anerkenne. Diese Anerkennung sei wesentlich für die dauernde Regelung der ganzen mandschurischen Frage, da die Reibungen, die zu den gegenwärtigen Zuständen geführt hätten, darauf zurückzuführen seien, daß China bisher die von ihm abgeschlossenen Verträge nicht beobachtet habe.

*

Japanische Gegenvorschläge.

)(**Genf, 23. Oktober.**

In der heutigen Sitzung des Völkerbundsrates gab Briand die Note der japanischen Regierung bekannt, die auf die bekannten Telegramme der Signatarstaaten des Kelloggpaktes Bezug nimmt. Japan betont in dieser Antwort, daß es den Kelloggpakt nicht verletzt habe, es habe lediglich zu legitimen Verteidigungszwecken und zum Schutze der mandschurischen Eisenbahn gewisse militärische Maßnahmen ergriffen, daß dagegen China durch feindliche Handlungen und Boykotts und eine antijapanische Agitation dem Kelloggpakt zuwidergehandelt habe. Briand richtete an die Vertreter Chinas und Japans die Frage, ob sie sich zu diesen Vorschlägen äußern könnten. Der Vertreter Chinas, das bekanntlich den Konflikt unter Anrufung des Artikels 11 des Völkerbundes vor den Rat gebracht hat, gab bekannt, daß China den Vorschlag des Völkerbundsrates vorbehaltlos annehme. Sze erklärte sich auch zu Verhandlungen mit Japan nach erfolgter Räumung bereit, betonte aber ausdrücklich, daß China unter keinen Umständen unter dem Druck der Besetzung verhandeln werde. Briand teilte sodann mit, der Vertreter Japans Yoshisawa, habe ihm im Laufe einer Unterredung heute nachmittag Bemerkungen zu der Resolution des Rates übermittelt, die einen Gegenvorschlag des japanischen Vertreters zu den Vorschlägen des Rates darstellten. Er brachte hierauf die japanischen Gegenvorschläge zur Verlesung. Japan lehnt darin die vom Rat vorgeschlagene Befristung der Räumung bis zur nächsten Ratstagung am 16. November ab und macht die Räumung davon abhängig, daß vorher zwischen der chinesischen und japanischen Regierung eine Vereinbarung über grundsätzliche Fragen, die die Beziehungen der beiden Staaten betreffen, zustande kommt. Gerade diese Forderung hatte aber Sze kurz vorher sehr entschieden abgelehnt. Im übrigen enthält der japanische Gegenvorschlag auch kein festes Datum für die nächste Tagung des Rates. Es soll danach dem Ratspräsidenten überlassen bleiben, den Rat zu einem späteren Zeitpunkt zusammenzuberufen, um eventuell eine neue Prüfung der Lage vorzunehmen.

Aufruf der christlichen Gewerkschaften.

Von unserer Berliner Redaktion.

)(**Berlin, 23. Oktober.** (Drahtb.)

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften richtet einen Aufruf an deren Mitglieder, der ein „Appell an die Selbsthilfe“ ist.

In dem Aufruf, der zunächst auf den außerordentlichen Ernst der gegenwärtigen Situation in Staat und Wirtschaft hinweist, heißt es u. a., immer stärker und unverhüllter trete die soziale Reaktion hervor, der die Gewerkschaften und die gesetzliche Sozialpolitik für die Krise verantwortlich mache. Mit der Abschlagung des Ansturmes der Reaktion im Reichstag sei die Gefahr noch nicht beseitigt. Das Ziel, die Regierung zu stürzen und eine gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichtete Herrschaft auszuüben, bestehe nach wie vor. Alle anderslautenden Reden und Beteuerungen könnten darüber nicht hinweg täuschen. Beseitigung der Arbeitslosenversicherung, der Unabdingbarkeit der Tarifverträge und der Verbindlichkeit von Schiedssprüchen, weitere Herabsetzung der Löhne und der Leistungen der Sozialversicherungen sei das von der Reaktion mit Nachdruck verfolgte Ziel. Diesen Plänen und Zielen der sozialen Reaktion gelte der Kampf der Gewerkschaften. Wörtlich heißt es dann weiter in dem Appell:

„Die christlichen Gewerkschaften lehnen alle zersetzenden Tendenzen und jeden unfruchtbaren Radikalismus entschieden ab. Sie leisten positive Arbeit für die Gesundung in Staat und Wirtschaft. Ihr Kampf gilt der Verwirklichung des Sozialrechts, der Gleichberechtigung des arbeitenden Volkes und der Abwehr aller unsozialen und völkerfeindlichen Pläne. Sie wollen eine gerechte Verteilung der unvermeidlichen Opfer und Lasten, eine gesunde Wirtschaft, einen starken Volksstaat und ein freies Deutschland, erwarten jedoch im Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft nicht alles von der Hilfe des Staates. Die organisierten Gewerkschaften der Selbsthilfe haben sich seit Jahrzehnten als die zuverlässige Hilfe erwiesen. Sie sind auch der beste Schutzwall gegen alle verderblichen und volksschädigenden Pläne. Deshalb muß die Losung lauten: Die Front geschlossen gegen die soziale Reaktion, gegen die Feinde der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften! Holt den letzten Arbeiter als Mitkämpfer herbei, es geht ums Ganze!“

Ein Nationalsozialist Präsident der bremischen Bürgerschaft.

:: **Bremen, 23. Oktober.**

Die bremische Bürgerschaft wählte am Freitag an Stelle des von seinem Posten zurückgetretenen sozialdemokratischen Präsidenten Osterloh in der Stichwahl den nationalsozialistischen bisherigen Vizepräsidenten Dr. Backhaus zum Präsidenten der Bürgerschaft. Er erhielt 57 Stimmen, während für den sozialdemokratischen Kandidaten Jahn 41 Stimmen abgegeben wurden. 18 Stimmen von insgesamt 116 waren ungültig. Die Kommunisten hatten das Bürgerschaftsmitglied Raschen vorgeschlagen.

Aus der Heimat.

Bocholter Winterhilfe.

Kinderspeisung.

Am Montag, dem 26. Oktober 1931, werden Damen des Elisabethvereins, des Evangelischen Frauenvereins und des Müttervereins bei einer Reihe von Familien der Stadt mit einer Liste vorsprechen und fragen:

1. **Wer nimmt ein Kind mit an den Mittagtisch?**
2. **Wer gibt das Essen in einen Topf und für wieviel Personen?**
3. **Wer gibt wöchentlich Lebensmittel für ein Kind?**
4. **Wer bezahlt die Milch für ein Kind?**
5. **Wer versorgt ein Kind mit Wäsche und Kleidung?**
6. **Wer gibt monatlich einen Geldbetrag?**
7. **Wer gibt im Frühjahr 2 Zentner Kartoffeln?**

Alle Familien mögen schon jetzt überlegen, was sie zu tun gedenken, um die große Not vieler kinderreicher Familien zu lindern, damit den Damen die Arbeit erleichtert wird.

Alle Familien, die bereits Kartoffeln eingekellert haben, mögen sich noch 2 bis 3 Zentner dazu beschaffen, die eventl. im Frühjahr an bedürftige Familien abgegeben werden können.

*

Zur Nachahmung empfohlen.

Wie wir erfahren, hat die durch ihre 1500 Filialen bekannte Firma Kaisers Kaffeegeschäft allen Städten, in denen sie Verkaufsstellen unterhält, für die Winterhilfe 1931/32 eine laufende monatliche Beihilfe in Form von Warenspenden zur Verfügung gestellt. Wir hoffen, daß das Beispiel dieser Firma, die auch in anderen Notzeiten, z. B. während des Krieges, durch soziale Spenden sich rühmlichst hervorgetan hat, viele Nachahmer finden wird.

Tragisches Geschick.

× **Bocholt**, 24. Oktober. Von einem harten Schicksalsschlag wurde die Familie des Kaufmanns Heinrich Rensing betroffen. Am 15. Oktober traf durch Vermittlung des Norddeutschen Lloyds die Nachricht ein, daß der Sohn Theo am 4. Juli beim Baden in Toronto (Kanada) den Tod gefunden hat. Der Ertrunkene stand im 30. Lebensjahre und war vor zwei Jahren mit großen Hoffnungen in die neue Welt übergesiedelt. Den hartgeprüften Eltern wird allseitige und innige Teilnahme entgegengebracht.

Hohes Alter.

„ **Bocholt**, 24. Oktober. Morgen begeht Frau Witwe Heinrich Terwiel, Helena geb. Schmidthaus (Luisenstraße 17) ihren 81. Geburtstag. Sie ist körperlich und geistig noch recht auf der Höhe. Möge sie ihren Geburtstag noch recht oft in Gesundheit erleben.

Schmuggler angeschossen.

= **Bocholt**, 24. Oktober. In der Nähe der Walderholung wurde ein junger Mann aus Bocholt mit 10 Pfund Mehl von einem Zollbeamten gestellt. Der Betreffende, der förigens nicht zu den Berufsschmugglern gehören soll, ergriff, wohl aus Angst vor der zu erwartenden Strafe die Flucht und wurde dann von dem Zollbeamten durch einen Schuß in die Seite niedergestreckt. Mit einer erheblichen Verletzung mußte er zum hiesigen St. Agnes-Hospital gebracht werden.

Vereine und Veranstaltungen.

Heimatdienstvortrag in Bocholt. Die Reichszentrale für Heimatdienst hat die Aufgabe, insbesondere durch Wort, Schrift und Bild weiteste Kreise unseres Volkes immer wieder auf die großen Lebensfragen und ihre verwickelten Zusammenhänge aufklärend hinzuweisen. Am Donnerstag, dem 29. Oktober, findet wiederum ein staatspolitischer Vortragsabend statt. Herr Dr. Huperz wird sprechen über „Die europäische Politik unter dem Druck der Weltkrise", danach Herr Studiendirektor Dr. Miksch in einem Lichtbildervortrag über „Deutschland fordert Sicherheit und Abrüstung". Die Vorträge finden im Saale des Arbeiterheims St. Paulus statt und beginnen abends 8 Uhr. Alle Einwohner der Stadt und Umgegend sind zu den überparteilichen Vorträgen herzlichst eingeladen. Der Eintritt ist frei.

Der Reit- und Fahrverein e. V. Bocholt beabsichtigt, Ende Januar in Bocholt einen dreitägigen Fahrkursus unter Leitung des Majors Müller (Münster) abzuhalten. Die Kosten sind sehr gering. Alle Pferdehalter haben Gelegenheit, ihre Kutscher im Fahren nach polizeilicher Vorschrift gründlich ausbilden zu lassen. Nähere Auskunft und Anmeldungen beim Geschäftsführer Gerhard Knoop, Bocholt, Osterstraße 56.

Jünglingssodalität und Jünglingsverein Liebfrauen. Die Vorstände der Sodalität und des Jünglingsvereins einschließlich aller Führer in der Turn- und Sportabteilung, der D. J. K. Eintracht sowie der Schülerabteilung und der Sturmschar sind für morgen Sonntag, den 25. Oktober, zu einer besonders wichtigen Besprechung 7,30 Uhr abends pünktlich, im Jugendheim Münsterstraße eingeladen. Es sei an dieser Stelle nochmals daran erinnert. Auch die Bezirksordner des Jünglingsvereins, die an unserem Wollen besonders interessiert sind, mögen kommen.

Die Städtische freiwillige Feuerwehr hält unter Mitwirkung der Freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz am Sonntag, dem 25. Oktober 1931, nachmittags 3,30 Uhr, eine Gesamtübung an der Diepenbrockschule (Herzogstraße) ab. Im Verlaufe der Uebung wird das neuartige Schaumlöschverfahren zur Ablöschung von Benzol-, Teer- und dergl. Bränden praktisch vorgeführt. Nach der Uebung begeben sich die geladenen Gäste, die Sanitätskolonne und die Feuerwehr in geschlossenem Zuge durch einige Straßen der Stadt zum Vereinslokal „Bürgerkrug", wo ein kurzes Zusammensein bei Konzertvorträgen der Feuerwehrkapelle bis gegen 19 Uhr vorgesehen ist.

Mussum.

Der Gemeinderat hielt gestern unter dem Vorsitz des Gemeindevorstehers Lotkamp eine Sitzung ab. Hauptgegenstand der Tagesordnung war die Abnahme der Rechnung für das Jahr 1930. Sie schließt ab in Einnahmen mit 54 888,30 Mark und in Ausgaben mit 37 730,57 Mark, so daß ein Bestand von 17 157,73 Mark zu verzeichnen ist. Am Loikumer Weg und an den Verbindungswegen zur Weseler Chaussee sind die Gräben seitens der Gemeinde instand gesetzt worden. Es hat sich als notwendig erwiesen, daß auch die Durchlässe an den Ueberfahrten zu den Grundstücken erneuert bezw. erweitert werden, damit das Wasser ungehindert abfließen kann. Die Besitzer der Ueberfahrten sollen angehalten werden, entsprechend weite Rohre neu zu legen. Einem Aufwertungsanspruch der Mussumer Spar- und Darlehnskasse in Liquidation aus dem Jahre 1927 für ein im Jahr 1925 gewährtes Darlehen soll stattgegeben werden. Mehrere Anträge auf Steuerstundung bezw. -niederschlagung wurden teils bewilligt, teils abgelehnt. Wegen der Instandsetzung des Höfgrabens soll eine Versammlung aller Beteiligten demnächst stattfinden.

Erhöhung der Bier- u. Bürgersteuer?

Die Kommunen sollen für die Politik der Landesbank büßen.

§ **Bocholt**, 24. Oktober.

Die Landesbanken der Provinzen Westfalen und Rheinland haben im Juli, als die Bankenkrise einsetzte, von Preußen zur Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse einen Ueberbrückungskredit bekommen, den die preußische Regierung jetzt zurückverlangt. Unsere Zeitung hat sich in den letzten Tagen eingehend damit befaßt, daß die preußische Regierung diesen Kredit durch eine 100prozentige Erhöhung der Provinzialumlage hereinholen will. Die Erhöhung der Provinzialumlage aber ist nicht anders durchzuführen als durch eine Erhöhung der Bier- und Bürgersteuer, da sonstige Einnahmequellen einfach nicht vorhanden sind. Der Provinzialausschuß hat bereits die Erhöhung der Provinzialumlage abgelehnt.

Für die Kommunen bleibt also nichts anderes übrig, als die Erhöhung der Bürger- und Biersteuer. Vorausgesetzt allerdings, daß diese Steuerarten bisher nicht schon in einem Grad erhoben wurden, der eine weitere Erhöhung einfach ausschließt. Das dürfte bei der Stadt Bocholt der Fall sein. Hier werden bereits 300 Prozent Bürgersteuer und 200 Prozent Biersteuer erhoben, so daß aller Voraussicht nach eine weitere Erhöhung der genannten Steuerarten kaum in Frage kommen wird. Ob allerdings die Regierung sich damit einverstanden erklären wird, steht auf einem anderen Blatt . . .

*

Wie wir erfahren, haben sämtliche Gemeinden des Amtes Liedern-Werth die Einführung bezw. Erhöhung der Bürger- und Biersteuer zwecks Aufbringung der erhöhten Provinzialumlage abgelehnt. Wenn man sich auch höheren Orts wahrscheinlich wenig an diese Beschlüsse stören wird, so sind sie an sich umso mehr gerechtfertigt, als unsere Landgemeinden wahrhaftig keine Schuld an dem Dalles der Landesbank haben, da nicht eine einzige der zwölf Gemeinden des Amtes Liedern-Werth weder in der Kriegs- noch in der Nachkriegszeit einen Kredit von der Landesbank genommen hat.

*

Weiter erfahren wir, daß der Magistrat der Stadt Borken ebenfalls einstimmig eine Erhöhung der Bürgersteuer abgelehnt hat.

Stadtverordnetensitzung in Isselburg.

Die Verabschiedung des Etats vertagt.

r. **Isselburg**, 25. Oktober.

Gestern abend fand im Rathaussaal eine öffentliche Stadtverordnetensitzung statt. Anwesend waren der 1. und 2. Beigeordnete und 11 Stadtverordnete. Bürgermeister Schönschecke teilte zu Beginn mit, daß der 1. Beigeordnete Beichler als Schiedsmann-Stellvertreter vom Oberlandesgericht Duisburg bestätigt ist. Ferner gab er die vom Kreis Rees angeforderte Nachtragsumlage in Höhe von 4080 RM. bekannt.

Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildeten die

Festsetzung des Haushaltsplanes

für das Rechnungsjahr 1931 und die Beschlußfassung über die Erhebung der Realsteuerzuschläge für 1931. Der Vorsitzende gab die eingegangenen Gutachten der Berufsvertretungen bekannt und machte Erläuterungen zum Haushaltsplan, der mit einem Fehlbetrag von 25 000 Mark abschließt. Ueber die Verwaltungskosten entwickelte sich eine längere Debatte. Sie betragen einschl. der sächlichen Kosten und der Pensions- und Waisenkassenbeiträge der Beamten insgesamt etwa 26 000 Mark. Dagegen beträgt der gesamte Wohlfahrtsetat 52 000 Mark. Stadtverordneter Sievers betont besonders, daß die Gehälter der Beamten abgebaut werden müßten, da der Verwaltungsapparat auf den Kopf der Bevölkerung 10,— Mark ausmache. Der Vorsitzende betont, daß die Gehälter der hiesigen Beamten sehr niedrig seien im Vergleich zu anderen Städten. Er könne einen Abbau nicht verantworten. Es kommt zu einer erregten Debatte. Der Vorsitzende macht den Vorschlag, die Beamten sollen 15 Prozent ihres Gehaltes fallen lassen, wenn alle übrigen Beamten Isselburgs, die Direktoren der Hütte, Geistliche, Lehrpersonen usw. und die Stadtverordneten auf 10 Prozent ihres Gehaltes verzichteten, da er nicht einsehe, daß die drei Beamten der Stadt allein den Abbau tragen sollen. Dieser Vorschlag verursachte große Heiterkeit. Dann schlägt der 1. Beigeordnete vor, die Beamten sollten selbst die Pensionskassenbeiträge tragen. Der Vorsitzende betont, daß dieses gesetzlich nicht zulässig sei. Nach langem Hin und Her wird der Bürgermeister beauftragt, bis zur nächsten Sitzung am kommenden Donnerstag ein Resultat herbeizuführen. Es wird noch betont, daß, falls nichts in dieser Sache geschieht, sich die Stadtverordneten veranlaßt sehen, einen Beamten abzubauen. Der Vorsitzende erklärt, bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung einen diesbezüglichen Antrag vorlegen zu wollen.

Der städtische Arbeiter wird nur noch 36 Stunden in der Woche beschäftigt werden. Dann wird vom Vorsitzenden die einfache Erhöhung der Bürgersteuer vorgeschlagen. Stadtverordneter Kobs betont, daß die Erhöhung vollständig unmöglich sei, da die Arbeiter dieses nicht mehr tragen könnten. Es erfolgt einstimmige Ablehnung. Einige weitere Abstriche an dem Haushaltsplan werden angenommen. Der Vorsitzende empfiehlt dringend, den Haushaltsplan anzunehmen. Die Versammlung beschließt aber Vertagung. Die anderen Punkte der Tagesordnung werden zurückgestellt.

Turnen / Spiel / Sport.

F. C. Olympia 1911.

F. C. Olympia 1. — Isselburger Spielverein 1.

Die Olympianer empfangen am Sonntag zum letzten Meisterschaftsspiel der ersten Serie auf eigenem Platz den Isselburger Spielverein. Schon zu Anfang der Saison weilten die Isselburger bei den Grünweißen zu Gast. Damals fiel das Spiel einem Gewitter zum Opfer; nur die erste Halbzeit wurde ausgetragen. Die Isselburger wußten seinerzeit sehr gut zu gefallen, lieferten sie doch den Hiesigen eine vollkommen ebenbürtige Partie. Ihr vorbildlicher Eifer begeisterte geradezu, und wenn damals die Stürmer nicht so sehr vom Schußpech verfolgt gewesen wären, wer weiß, wie die Partie bei Halbzeit gestanden hätte. In der Folge haben die Isselburger eine schwere Vereinskrise durchgemacht, woraus ja auch der schlechte Tabellenplatz resultiert. Diese Krise hat der Verein aber jetzt glücklich überstanden. Daß die Mannschaft wieder da ist, hat bereits das letzte Spiel gegen Sportklub deutlich gezeigt. In kompletter Besetzung werden sie die Hiesigen vor schwere Aufgaben stellen, die zu lösen Sache des grünweißen Sturmes sein wird. Mit technischen Tändeleien im Strafraum kommt man bei der anerkannt guten Hintermannschaft der Gäste nicht durch. Schnelles und auf die Flügel zugeschnittenes Stürmerspiel ist hier am Platze. Dies dürfte auch die Isselburger Hintermannschaft auf die Dauer mürbe machen. Der Anfang des Spieles ist auf 3 Uhr festgesetzt. — Die Lehrmannschaft spielt gegen die Reserve von 1900 auf deren Platz.

Jugendabteilung.

Die 1. Jugend spielt morgens 11 Uhr auf eigenem Platz gegen Turnverein Phönix 1. Jugend in folgender Aufstellung: Hessing, Sonders, Reinert, Herzog, Giesen, Overbeck, Hülsken, Püttmann, Betting, Willemsen, Lehmkuhl. Begleiter: Heisterkamp. — Die 2. Jugend spielt gegen Werth 1. Jugend ebenfalls auf eigenem Platz nachmittags 1,30 Uhr in folgender Besetzung: Herzog, Telake, Schlatt, Jungblut, Holtwick, Meteling, Notten, Stevens, Kampshoff, Pöpping, Weikamp. Begleiter: Rademaker.

Sport- u. Spielverein Rhede 1. — Fortuna Millingen 1.

Wohl eines der wichtigsten Meisterschaftsspiele der 2. Bezirksklasse steigt am kommenden Sonntag auf dem Rheder Sportplatz. Geht es doch für die Platzherren um Beibehaltung ihrer führenden Position in der Tabelle, während die Millinger, die relativ gleich günstig stehen, sich um jeden Preis in der Spitzengruppe behaupten wollen. Eine Niederlage wird sich für beide Mannschaften sehr unvorteilhaft auswirken, da sie in diesem Fall von dem Weseler Turnverein oder von Feldmark, die nur einen bezw. zwei Verlustpunkte mehr haben, eingeholt würden. Wie stehen nun die Chancen der beiden Kontrahenten in dem sonntägigen Spiel? Diese Frage ist äußerst schwer zu beantworten. Beide Einheiten haben in den bisherigen Spielen eine beständige Form an den Tag gelegt. Geradezu sensationell wirkte der vor 14 Tagen erfochtene Bombensieg (5:1) Millingens gegen den Tabellenzweiten Wesel-Feldmark. Wir behaupten wohl nicht zuviel, wenn wir die Gästeelf als eine der spielstärksten Staffeln in der Gruppe Wesel ansprechen. Ihre Hauptstärke hat die Mannschaft in der Verteidigung und im Sturm, in dem besonders der Rechtsaußen durch fabelhaftes Können glänzt. Doch auch die übrigen Mannschaftsteile sind auf allen Posten gleich gut besetzt. Die Schwarzweißen, die in alter Aufstellung den Kampf bestreiten werden, stehen somit vor einer äußerst schweren Aufgabe. Wohl haben sie den Vorteil des eigenen Platzes, doch dürfte dieses von nicht allzu großer Bedeutung sein, zumal sie bisher merkwürdigerweise ihre besten Spiele auf fremden Plätzen lieferten. Jedenfalls wird es ein ganz erbittertes Ringen um die Punkte geben, dessen Ausgang erst beim Schlußpfiff entschieden sein wird. Anstoß 3 Uhr.

Die Reserve fährt nach Anholt, um der dortigen Reserve das fällige Diplomspiel zu liefern. Abfahrt 1 Uhr per Auto ab Vereinslokal. — Die Jugend ist spielfrei.

Steinern.

Der Gemeinderat hielt am Donnerstag unter dem Vorsitz des Gemeindevorstehers Ahold eine Sitzung ab. Zunächst wurde die Abnahme der Gemeinderechnung für das Rechnungsjahr 1930 vorgenommen. Sie schließt ab in Einnahmen mit 27 794,90 Mark und in Ausgaben mit 28 735,04 Mark, so daß ein Vorschuß von 940,14 Mark verbleibt, der aus Bestandsgeldern gedeckt wird. Für den südwestlichen Teil der Gemeinde (das Gebiet zwischen dem Hembener Weg u. der Kreisstraße Barlo) wurde die Aufstellung eines Fluchtlinienplanes in Aussicht genommen. Anträge auf Steuerstundung wurden teils bewilligt, teils abgelehnt.

Biemenhorst.

Weidediebstahl. In der Nacht zum Mittwoch wurde ein dem Arbeiter Bernhard Willing in Rhede gehörendes 1½jähriges Rind, das sich auf der Weide seines Bruders in Biemenhorst befand, von unbekannten Tätern geschlachtet und fortgeschafft. Der Eigentümer entdeckte den Diebstahl erst am Mittwochabend, als er das Tier nach Hause holen wollte.

Der Gemeinderat hielt gestern unter dem Vorsitz des Gemeindevorstehers Buß eine Sitzung ab. Hauptgegenstand der Tagesordnung war die Abnahme der Rechnung für das Jahr 1930, die in Einnahmen mit 52 536,90 Mark und in Ausgaben mit 52 527,32 Mark abschließt, so daß ein Bestand von 9,58 Mark zu verzeichnen ist. Ein Aufwertungsanspruch der Mussumer Spar- und Darlehnskasse in Liquidation für ein im Jahre 1906 gewährtes Darlehen wurde anerkannt. An mehreren Gemeindewegen sollen Rohre verlegt werden. Dem Antrag verschiedener Anlieger der neuen Chaussee, Abwässer in den Straßenkanal leiten zu dürfen, soll unter der Voraussetzung entsprochen werden, daß nur natürliche Abwässer (Regenwasser) eingeleitet werden. Mehrere Anträge auf Steuerstundung und Unterstützungen wurden teils bewilligt, teils abgelehnt.

Herzebocholt.

Blühende Erbsen und gelbgestreifter Kohl, in diesen winterlichen Herbsttagen eine Seltenheit, sind im Garten des Gütchens Kiwit (Herzebocholt 21) zu bestaunen. Die Hausfrau konnte in diesen Tagen wiederholt junge Erbsen ernten und im Haushalt verwenden.

Rhede.

Kath. Jugendverein. Der morgige Sonntag (Christi Königsfest) ist für die hiesige Gemeinde der Jugendsonntag. Morgens 7,30 Uhr ist Gemeinschaftsmesse und Kommunion der kath. Jugend. Es wird erwartet, daß die Mitglieder des Jugendvereins, der Werkjugend und D. J. K. in der Gemeinschaftsmesse (nicht vorher) zur hl. Kommunion gehen. 10 Uhr ist Hochamt und Festpredigt. Aus Anlaß des Jugendtages ist in allen hl. Messen eine Sammlung für die Zwecke der katholischen Jugendpflege. Soweit wie möglich möge man sein Scherflein dazu beitragen. — Wie im vorigen Jahre so soll auch dieses Jahr am Jugendsonntag im Jugendheim eine feine Jungen-Kirmes stattfinden. Gleich nach dem Hochamt ist Eröffnung. Für humorvolle Unterhaltung ist reichlich gesorgt. Alles soll echt jugendlichen Frohsinn zeigen. Geboten werden: Filmvorführungen, kinomatographische Darbietungen, Kasperle-Theater, Preisschießen, Preiskegeln, Museum usw. Unsere Musiker bringen echte Kirmesmusik zu Gehör. Alle mögen kommen. Auch die ganze Oeffentlichkeit ist eingeladen. Treu Heil!

e. **Jungfrauenkongregation.** Am Sonntag (Christi Königsfest) erfolgt in gewohnter Weise die Aufnahme der neuen Mitglieder in die Jungfrauenkongregation. Nach der kirchlichen Feier gibt es im Hengstermannschen Saale Kaffee für alle Kongreganistinnen. Eine Tasse und Butterbrot müssen alle mitbringen. Wegen des Jubiläums der hl. Elisabeth gelangt zur Aufführung das von Franz Hillmann verfaßte Schauspiel „Sankt Elisabeth" mit Gesang und Reigen in drei Aufzügen. Das Stück bringt drei Epochen aus dem Leben der hl. Elisabeth. Wir sehen sie in ihren glücklichen Tagen auf der Wartburg als Engel der Armen, als treue Gattin, als liebevolle Mutter ihrer Kinder. Dann sind wir Zeuge ihres leidvollen Lebens als Verstoßene in der Wirrnis des Eisenacher Waldes, wo sie ihr Kreuz als ergebene Dulderin trägt, bis sie endlich nach einem friedlichen Sein in der Abgeschiedenheit zu Marburg als Verächterin allen Erdenglückes ihr Gott wohlgefälliges Leben beschließt. — Bei genügender Beteiligung ist am Feste Allerheiligen eine Fahrt mit Auto nach Kevelaer in Aussicht genommen. Abfahrt gegen 7,30 Uhr. Die Fahrtkosten belaufen sich auf 2,50 Mk. Anmeldungen werden in der Versammlung am Sonntag entgegengenommen.

Vom Niederrhein.

Isselburg.

r. **Hohes Alter.** Am morgigen Sonntag begehen Frau Witwe Josef Terwiel (Marktplatz) und ihre Schwester Frau Franz Jordan in Essen-West ihren 76. Geburtstag. Die Geburtstagskinder sind Zwillinge und erfreuen sich noch einer bewundernswerten geistigen und körperlichen Rüstigkeit. Wir wünschen, daß es den Zwillingen vergönnt sein wird, noch recht oft gemeinsam ihren Geburtstag feiern zu können.

r. **Keine Obstreste auf die Straße werfen!** Als vorgestern abend eine Frau über die Minervastraße ging, rutschte sie auf einer Bananenschale aus und schlug mit dem Hinterkopf derart auf eine scharfe Steinstufe, daß sie eine klaffende Wunde davontrug und ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen mußte. An alle ergeht daher erneut die ernste Mahnung, durch leichtsinniges Wegwerfen von Obstresten die Gesundheit der Mitmenschen nicht zu gefährden.

r. **Vom Friedhof.** Unser Friedhof wurde zu Anfang des Jahres einer gründlichen Reinigung unterzogen, und zwar wurden alle Gräber von 1874 an neu aufgemacht. Der Friedhof hatte hierdurch ein schönes Aussehen erhalten, das leider nur kurze Zeit bestehen blieb; im Nu war der alte Zustand wieder da. Man hat festgestellt, daß eine ganze Reihe von Angehörigen der Verstorbenen, deren Gräber leider total verkommen sind, noch vorhanden ist. Da wir kurz vor Allerseelen stehen, wäre es wohl an der Zeit, daß hier etwas von den Angehörigen unternommen wird und sie einen äußeren Beweis dafür geben, daß die Toten noch nicht vergessen sind.

Hotel „Hof von Holland"
Wesel
21261a

Eröffnung am Samstag, dem 24. Oktober 1931
Dortmunder Kronen-Bier
Kronen-Schenke
Kronen-Schenke

„Hadeka"-Strümpfe u. Unterzeuge

millionenfach bewährt.

Es ist durchaus nicht gleichgültig, wo Sie Ihre Strümpfe und Unterzeuge kaufen. Sparsame gehen ins gute Hadeka-Spezial-Geschäft. Hadeka-Waren — sind billig — halten länger — helfen sparen. — — — —

„Hadeka" **Kaschmirstrümpfe** reine Wolle	2.95	1.95	1.45		
„Hadeka" **Strümpfe** Wolle mit Kunstseide plattiert	3.35	2.95	1.95		
„Hadeka" **Strümpfe** plattierte Kunstseide	2.75	1.45	0.65		
„Hadeka" **Herren-Socken** in neuen Dessins	1.95	0.88	0.45		
„Hadeka" **Kinder-Strümpfe** reine Wolle, Größe 1	1.10	0.88	0.68	0.48	
„Hadeka" **Kinder-Schlüpfer** Strapazier-Qualitäten	0.98	0.48	0.28		
„Hadeka" **Damen-Schlüpfer** warm gefüttert	1.65	0.88	0.58		
„Hadeka" **Damen-Schlüpfer** ganz gute Qualitäten	2.75	2.25	1.95		
„Hadeka" **Herr.-Unterhosen** normal oder gefüttert	2.65	1.65	0.95		
„Hadeka" **H.-Normalhemde**	2.85	2.45	1.95		

Damen-, Herren- und Kinder-Westen und -Pullover in allen Preislagen.

Wwe. Aug. Meyer :: Bocholt :: Markt 4

Weinet nicht an meinem Grabe
Und stört mich nicht in meiner Ruh',
Denkt was ich gelitten habe,
Eh' ich schloß die Augen zu.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute abend gegen ½10 Uhr meinen lieben Mann, unsern guten, treusorgenden Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel,

den Dachdeckermeister

Jakob Kellner

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Er starb nach längerer, schwerer Krankheit, öfters versehen mit den hl. Sterbesakramenten und wohlvorbereitet durch einen christlich-frommen Lebenswandel, im Alter von 61 Jahren.

Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Bocholt, Dortmund, Hameln, den 22. Oktober 1931.

Das hl. Seelenamt für den lieben Verstorbenen findet statt am Montag, dem 26. Oktober, morgens 8½ Uhr, in der St. Georgs-Pfarrkirche, anschließend die Beerdigung von der Kirche aus.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so möge er diese als solche betrachten. [9104ß

Statt Karten.

Ernst Sprick
Gustel Sprick
geb. Sprick
VERMÄHLTE

D.-dorf-Gerresheim, Alter Markt 13. — Bocholt i. W.

den 24. Oktober 1931. (9108e

Kath. Arbeiterverein St. Paulus. [9112e

Am Sonntag, dem 25. Oktober, abends 8 Uhr:

Letzte
Theateraufführung
„Brautfahrt am Rhein"
Lustiges Spiel in 3 Akten.

Eintrittskarten sind zu haben beim Kastellan und den Mitgliedern der Abteilung.

Kath. Arbeiterinnenverein.

Sonntag, den 25. Oktober
1. Aufführung des 4aktigen Schauspiels
Mira, das Geigenmädel
½4 Uhr Aufführung für Kinder. Eintritt 15. Pfg.
abends 7 Uhr für Vereinsmitglieder, Eltern und Freunde. Eintritt 30 Pfg.

F.C.O.

Sportplatz des **F. C. Olympia** E. V.
Westdeutscher Spielverband.

Sonntag, den 25. Oktober 1931
Meisterschaftsspiel:
Isselburger Spielverein 1. M. - Olympia 1 M.
Anstoß 3 Uhr. [8968e

Turnverein Phönix.
Sportplatz Barloer Weg gegenüber 4 Jahreszeiten
Sonntag, den 25. Oktober 1931.
Meisterschaftsspiel
Viktoria Bienen 1. M. — Turnverein Phönix 1. M.
Anstoß 3 Uhr. [9105e

(9113

Hotel Zur Post

Sonntag, den 25. Oktober
Kirmes-Nachfeier.

Café-Restaurant Kaisereck
Sonntag
großes Frühschoppenkonzert
ab 5 Uhr
Konzert mit Tanzeinlagen.
Die Musik wird ausgeführt von einer erstklassigen Düsseldorfer Künstlerkapelle.
Gepflegte Getränke. Vorzügliche Küche.
Guter Kaffee und Kuchen (9107e

„Deutsches Haus"
Jeden Sonntag von 11—1 Uhr
Frühschoppenkonzert
Ab 6 Uhr: [9118g
Konzert m. Tanzeinlagen

Restaurant Jahreszeiten
Sonntag
Konzert mit Tanzeinlagen.
Es spielt die Hauskapelle.

Eine größere Partie prima
junge Schweine
zu äußerst billigen Preisen abzugeben
Joh. von Mulert
Fernruf 2878. — Dingerloer Str. 213a.

Restaurant Langenhoff
Sonntag [9110e
KONZERT
Westfälischer Hof
Inh. W. Scholten. 9123g
Sonntag Gastspiel von
Pohls-Burlesken
mit ihren erstklassigen Schlagern.
Komiker und Humoristen.
Anfang 4½ Uhr. — Kein Kellneraufschlag.

Restaurant „Zum weißen Roß"
Sonntag (9100e
Konzert u. Tanz
Erstklassige Stimmungskapelle.
Anfang 6 Uhr. — Spiegelglatte Tanzfläche
Bernh. Grotstabel.

Kaffee-Restaurant Joh. Imping, Ravardistraße
Am Sonntag, dem 25. Oktober
großer Schlagerabend
der verstärkten Hauskapelle — Tanz u. allerlei Ueberraschungen
Jeder zehnte Gast erhält ein lustiges Geschenk.
Anfang 4 Uhr.
Zum Kaffeekonzert große Auswahl in Torten und Kleingebäck.
Gut gepflegte D. A. B. Bier. — Preise: Zeitgemäß.

Restaurant Knoop
Samstag und Sonntag
KONZERT
Ausgeführt von der beliebten Kapelle Meschig.

Hotel Lindenhof
Samstag 8 Uhr — Sonntag 5 Uhr
Tango-Kapelle Schönig
(4 Solo-Symphoniker)
die erstklassige, moderne Konzerte und Tanzkapelle vom „Apollo", Düsseldorf. [9102e
Sonntag von 11—1 Uhr **Frühkonzert.**

Sonntagabend von Groß-Hardt bis Weiting (1768

Damenarmbanduhr
verloren. Gegen gute Belohnung abzugeben in d. Geschäftsst. ds. B.

Ab heute erhält jed. Käufer beim Einkauf von 2 RM. an einen bunten (9125

Luftballon
gratis,
außerd. 5% Rabatt.
Heinrich Puhe,
Karolingerstraße 14

Großer
Brennholz-verkauf!
Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage, die große Karre Brennholz franko Haus jetzt für nur RM. 8.—, ein Kasten ab Lager für nur RM. 0.70 zu liefern.
Ferner bringe ich mein großes
Kohlenlager
in empfehlende Erinnerung. (1706b
Josef Bußhaus,
Kaiser-Wilhelm-Straße 39. Tel. 2405.

„BIG" zieht seine Kreise

Die Nachfrage nach unserer fortschrittlichen Herrenkleidung wird von Tag zu Tag größer und mit Recht sagt man:

„BIG" die führende deutsche Herrenkleidung.

Auch Sie müssen sich die neuen **„BIG"**-Modelle unbedingt ansehen. **„BIG"**-Kleidung ist Ihr bester Freund. Sie enttäuscht nie, auch nicht nach Monaten und Jahren.

„BIG" Standard-Preise für Herren-Mäntel.

37.50 49.- 58.- 68.- 78.-

Weitere Hauptpreislagen für Herren-Mäntel

17.50 22.- 29.50 34.- 36.-

Jünglings- und Knaben-Mäntel
Herren-Loden-Mäntel u. Joppen
sowie Windjacken sehr preiswert.

Beachten Sie unsere Spezial-dekoration.

Fisser
NORDSTRASSE 39

Bocholts größtes und führendes Spezialgeschäft für Herren- u. Knabenkleidung

---

Reit- u. Fahrverein e.V. Bocholt
Die diesjährige [9119e
Fuchsjagd
findet am 7. November statt. Ein
Reitkursus für Damen
beginnt Mitte November. Nähere Auskunft und Anmeldungen beim Geschäftsführer Gerhard Knoop.
Der Vorstand.

(9117g

Anleitung
im
Malen u. Zeichnen
in alle Techn. u. Dek.
Entwerfen
im
Privat-Atelier
R. A. Esser
Kunstmaler,
Nobelstr. 22a.
Auskunft daselbst morgens von 11—1 Uhr.

Städtische Freiwillige Feuerwehr Bocholt.

Die diesjährige (9111
Hauptübung
findet in Gemeinschaft mit der freiwilligen Sanitätskolonne vom Roten Kreuz
am Sonntag, dem 25. Oktober 1931, nachmittags 3,30 Uhr,
an der Diepenbrockschule (Herzogstraße) statt.

Zur Besichtigung dieser Veranstaltung laden wir Interessenten, insbesondere auch unsere inaktiven Mitglieder ergebenst ein.

Nach beendeter Uebung findet ein Umzug der beteiligten Organisationen durch die Nordstr., Nobelstraße, Ravardistraße, Kirchstraße, Markt, Königstr., Osterstraße, Markt, Nordstraße, Langenbergstraße zum Vereinslokal „Bürgerkrug" statt.

Die aktiven Mitglieder der Wehr stehen um 3,10 Uhr am Standort ihrer Geräte zum Abmarsch bereit.

Der Branddirektor.